

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/052(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 25.02.2014	Altes Rathaus Hansesaal	16:30 Uhr	17:25 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.14
- 4 Informationen
- 4.1 Barrierefreier Zugang Stadtbibliothek Reform I0022/14
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Vorstellung der Initiative reformpädagogische IGS

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Burkhard Lischka

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Ursula Biedermann

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Mario Grünewald

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Olaf Meister

Beratende Mitglieder

Stadträtin Carola Schumann

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Denny Hitzeroth

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

Geschäftsführung

Frau Sylvia Grützner

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 Ausschussmitgliedern fest. Ab 16.35 Uhr ist der Ausschuss mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern vollzählig besetzt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungsvorschläge einstimmig bestätigt.

Der Leiter der Volkshochschule, Herr Liebe, ist anwesend und schlägt vor, die nächste VHS-Beiratssitzung im Vorfeld der BSS-Sitzung am 27. Mai (15.30 bis 16.30 Uhr) durchzuführen; er bittet die Ausschussmitglieder um Zustimmung. In dieser Beiratssitzung soll das Programm für das Herbstsemester vorgestellt und durch den Beirat bestätigt werden. Die Ausschussmitglieder stimmen dem Terminvorschlag einstimmig zu.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.14

Die Niederschrift der Sitzung vom 21.01.14 wird mit dem Abstimmungsergebnis **6 : 0 : 0** bestätigt.

4. Informationen

4.1. Barrierefreier Zugang Stadtbibliothek Reform Vorlage: I0022/14

Vom zuständigen Eb KGm ist Herr Scharff anwesend. Er erläutert die baulichen Gegebenheiten des Mietobjektes Otto-Baer-Str. 6, in dem die Stadtteilbibliothek Reform untergebracht ist. Die Stadt könnte aufgrund des Mietverhältnisses die Errichtung einer Aufzugsanlage nicht übernehmen, da dies Aufgabe des Vermieters ist. Auf Nachfragen würde der Vermieter im Falle der Errichtung eines Aufzuges die Investitions- u. Folgekosten an die Stadt als Mieter weitergeben.

Stadtrat Schindehütte als Einbringer ist mit der Informationsvorlage aufgrund ausreichender Erklärung einverstanden, wenn auch nicht zufrieden im Sinne eines barrierefreien Zugangs für die Bibliothek.

Stadtrat Meister und Stadtrat Lischka sprechen sich perspektivisch für die Suche nach einem anderen Standort aus.

Der Ausschuss BSS nimmt die I0022/14 **zur Kenntnis**.

5. Verschiedenes

5.1. Vorstellung der Initiative reformpädagogische IGS

Der Ausschussvors. begrüßt als Gast zur Ausschusssitzung Frau Dr. Lähnemann von der M.-Luther-Universität Halle, Institut für Schulpädagogik. Sie wird dem Ausschuss ein Konzept für die Errichtung einer staatlichen Gesamtschule mit reformpädagogischer Ausrichtung vorstellen.

Die Initiative gründete sich vor einem Jahr im Rahmen eines Elternstammtisches. Erarbeitet wurde das Konzept von der Initiative „Ottoschule“ in Kooperation mit dem Stadtelternrat MD. Die Schule mit reformpädagogischer Ausrichtung soll aus ihrer Sicht in staatlicher Trägerschaft und als Integrierte Gesamtschule langfristig 4-zügig von der Jahrgangsstufe 5 bis 13 ohne Differenzierung nach Bildungsgängen geführt werden.

Frau Dr. Lähnemann stellt das Konzept der „Ottoschule“ vor und informiert über die Gestaltung des Unterrichts. Schüler mit Unterstützungsbedarf und mit Hochbegabung sollen zusammen mit allen anderen lernen, was eine Auflösung äußerer Differenzierung in verschiedenen Leistungsstufen und mit offenen Formen der Binnendifferenzierung bedeutet.

Die Schüler können in der Zeit von 7.00 bis 16.00 Uhr lernen und sich im außerschulischen Bereich betätigen.

Die Schulsozialarbeit soll bei der Entwicklung der Schulkultur mitwirken und einen Beitrag zum Schulprofil leisten. Angesiedelt wird die Schulsozialarbeit in freier Trägerschaft bei einem Träger der Jugendhilfe.

Der Ausschussvors. dankt Frau Dr. Lähnemann für die Ausführungen und fragt die Ausschussmitglieder, ob weiterer Informationsbedarf zur reformpädagogischen Initiative besteht.

Stadtrat Schindehütte merkt an, dass die Genehmigung für die Einrichtung dieser staatlichen Gesamtschule durch das Kultusministerium erfolgen und auch dort beantragt werden muss.

Der sachk. Einwohner, Herr Mewes, fragt, ob das Schulkonzept vor dem Hintergrund der Klassenbildung mit dem Schulgesetz LSA schon abgeglichen ist. Frau Dr. Lähnemann bestätigt dies. Da die IGS 4-zügig sein muss, wird die Initiative die Entwicklung der Schülerzahlen genau verfolgen.

Stadtrat Lischka erkundigt sich, ob für die Initiative „Ottoschule“ auch die Verbindung mit einer Gemeinschaftsschule in Frage kommt. Fast alle Sekundarschulen in MD sind in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Dies kann ein Ansatzpunkt für die Initiative sein, Kontakt mit einer dieser Schulen aufzunehmen und in der Folge mit dem Kollegium gemeinsam an das Kultusministerium heranzutreten. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, die staatliche Schule umzuwandeln; die Schrittfolge ist hier zu beachten.

Stadträtin Dr. Hein verweist auf ausreichend freie Kapazitäten an den Sekundarschulen; bei den IGS und Gymnasien ist das Gegenteil der Fall. Zurzeit ist nicht erkennbar, wie sich künftig die Gemeinschaftsschulen entwickeln werden. Der Blick der Initiative müsse auf die allgemein bildenden Schulen gerichtet sein, noch nicht so sehr auf die Berufsorientierung. Das Konzept an sich findet sie lobenswert.

Bezogen auf die Frage des sachk. Einwohners, Herrn Dr. Köhler, weist Stadträtin Dr. Hein darauf hin, dass es in MD keine Schule in Landesträgerschaft gibt, alle Schulen der Stadt sind in kommunaler oder freier Trägerschaft.

Den Vors. des Stadtelternrates, Herrn Hubold, hat das Konzept der Göttinger Gesamtschule überzeugt. Er könne sich dies auch für Magdeburg vorstellen, evtl. könnten die Göttinger Pädagogen um Rat gefragt werden.

Der Ausschussvorsitzende fügt an, dass eine Schule dafür auch offen und bereit sein muss. Mit den Schulen sollte daher Kontakt aufgenommen werden. Seitens des Landes können Schulen nicht beauftragt werden, reformpädagogische Konzepte zu übernehmen; dazu müssten auch die Lehrkräfte gewonnen werden.

Frau Dr. Lähnemann legt dar, dass es einfacher sei, wenn eine neue Schule aufgemacht und das Konzept nicht an einer bestehenden Schule umgesetzt werde. Sie favorisiere den Aufbau einer neuen Schule mit Beginn der 5. Klasse.

Stadtrat Meister findet den Ansatz gut und kann sich vorstellen, dass Interesse besteht. Die Stadt könnte den Anstoß für die Initiative geben und eine bestehende Schule umgewandelt werden.

Nach Ansicht des sachk. Einwohners, Herrn Mewes, sollten Schulen angesprochen werden. Evtl. werden sich Schulleiter fragen, was an dem Konzept neu ist. Frau Dr. Lähnemann weist hier auf den fachübergreifenden Unterricht hin.

Der Ausschussvors. will nicht ausschließen, dass Schulen auf ähnliche Anfragen warten, jedoch kann der Ausschuss BSS keine Festlegungen hierzu treffen.

Stadträtin Dr. Hein ergänzt, dass der Ausschuss lediglich unterstützend tätig sein kann. Sie regt die Bildung von Lehrerstammtischen an.

Stadträtin Biedermann fragt, ob sich die Initiative schon mit Pädagogen zur Vorstellung des Konzeptes getroffen hat und ob auch die Schülerzahlen entsprechend betrachtet wurden.

Frau Dr. Lähnemann: Es wurde bereits Kontakt mit Pädagogen aufgenommen und es wird auf jeden Fall noch weiterhin für das Konzept geworben. Bezüglich der Schülerzahlen wurde sich an den öffentlich bekannten Zahlen orientiert. Bei der letzten Schulmesse ist die Initiative „Ottoschule“ mit Eltern ins Gespräch gekommen.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Kontakt mit Gemeinschaftsschulen im Blick zu behalten, da stehe jetzt ein Umbruch bevor. Der Ausschuss BSS könne Unterstützung geben und Kontakte zu Schulen herstellen, das Signal müsse aber von der Schule ausgehen.

Herr Dr. Köhler, sachk. Einwohner, erkundigt sich hinsichtlich der Vorstellung des Konzeptes nach der Einbeziehung des Landeselternrates. Frau Dr. Lähnemann legt dar, dass das Konzept dieser staatlichen Gesamtschule auf die Stadt MD ausgerichtet ist.

Der Ausschussvorsitzende betont abschließend die Bereitschaft des Ausschusses BSS, mit der Initiative „Ottoschule“ in Kontakt bleiben zu wollen und bittet Frau Dr. Lähnemann, den Hinweis auf die Kontaktaufnahme mit den neuen Gemeinschaftsschulen der Stadt mitzunehmen.

- Stadtrat Meister schlägt als Tagungsort für eine spätere BSS-Sitzung (noch vor der Sommerpause) die Schulbauten am Lorenzweg (ehem. Berufsschulkomplex) vor, um vor Ort gemeinsam mit dem Eb KGm den Standort des künftigen neuen Gymnasiums in Augenschein zu nehmen.
- Die nächste Ausschusssitzung findet gemäß Plan am 25. März statt (Hansesaal).

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner
Schriftführerin